

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 52. Vergnügungssteuer NEU - Information der Gemeinden | 56. Musterverordnung für Gebühren- bzw. Indexanpassungen |
| 53. Neuregelung Fahrtkostenzuschuss | 57. Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2017 |
| 54. Das Vordach als untergeordneter Bauteil | 58. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2017 |
| 55. Richtlinie zur Auszahlung von Zuschüssen zum Gemeindegemeindekostenanteil für Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen | <i>Verbraucherpreisindex für September 2017 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

52.

Vergnügungssteuer NEU - Information der Gemeinden

Anlässlich des im Juli vom Landtag neu beschlossenen **Tiroler Vergnügungssteuergesetzes 2017**, LGBl. Nr. 87/2017, welches mit **01.01.2018 in Kraft tritt**, weist die Abt. Gemeinden auf die entsprechenden Ausführungen im Merkblatt von September 2017 (Punkt 42) hin und empfiehlt den Gemeinden Tirols folgende weitere Vorgehensweise:

Wie im angesprochenen Artikel bereits erläutert wurde, können die Gemeinden ab 01.01.2018 nach dem Tiroler Vergnügungssteuergesetz 2017 nur noch für das **Aufstellen von Spiel- und Glücksspielautomaten sowie Wettterminals** eine Vergnügungssteuer einheben. Sämtliche anderen, noch in den Vergnügungssteuerverordnungen der Gemeinden enthaltenen Tatbestände, welche sich auf das Tiroler Vergnügungssteuergesetz 1982 beziehen, insbesondere die dort geregelten „Bauschsteuern“, sind ab diesem Zeitpunkt rechtswidrig.

Es wird daher empfohlen, die bestehenden Vergnügungssteuerverordnungen (mit Verordnung) aufzuheben und unter Berücksichtigung der im Tiroler Vergnügungssteuergesetz 2017 enthaltenen Tatbestände diese neu zu beschließen.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinden durch § 17 Abs. 3 Z 1 **Finanzausgleichsgesetz 2017 - FAG 2017**, BGBl. I Nr. 116/2016, nach wie vor ermächtigt sind, Lustbarkeitsabgaben (Vergnügungssteuern) ohne Zweckwidmung des Ertrages, die in Hundertteilen des Eintrittsgeldes erhoben werden, **allgemein** bis zum Ausmaß von **25 %**, bei **Filmvorführungen** bis zum Ausmaß von **10 %** des Eintrittsgeldes mit Ausschluss der Abgabe einzuheben. Ausgenommen sind Lustbarkeitsabgaben für Veranstaltungen von Theatern, die aus Mitteln des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde regelmäßige Zuschüsse erhalten, sowie für Ausspielungen gemäß § 2 des Glücksspielgesetzes (GSpG), BGBl. Nr. 620/1989, durch Konzessionäre und Bewilligungsinhaber nach den §§ 5, 14, 21 und 22 GSpG.

Somit kann auf Grundlage des FAG 2017 **weiterhin auch eine Kartensteuer** eingehoben werden, jedoch unter **Beachtung der Höchstsätze im FAG 2017**, welche unter jenen des bisher geltenden Tiroler Vergnügungssteuergesetzes 1982 liegen. Darunter fallen - innerhalb oben beschriebener Grenzen - all jene Vergnügungen bzw. Veranstaltungen, welche durch ein besonderes Entgelt (Eintrittsgeld) zugänglich sind.

Wird die Einhebung einer Vergnügungssteuer für diese Veranstaltungen von einer Gemeinde mit Verordnung festgelegt, ist (allenfalls neben § 1 des Tiroler Vergnügungssteuergesetzes 2017) ebenso die Ermächtigungsnorm des FAG 2017 in der Promulgationsklausel anzuführen.

Ein entsprechendes **Verordnungsmuster** steht in der

Gemeindeanwendung im WIKI-Bereich unter „Verordnungsmuster“ zum Download zur Verfügung.

Wichtiger Hinweis: Falls die Gemeinde keine Vergnügungssteuer mehr erheben will, ist eine allenfalls bisher geltende Vergnügungssteuerordnung ebenfalls mit Verordnung des Gemeinderates **aufzuheben!**

53.

Neuregelung Fahrtkostenzuschuss

Mit Verordnung der Landesregierung über die Festsetzung des von Landesbediensteten zu tragenden Fahrtkostenanteiles, LGBL. Nr. 60/2017, wurde mit Wirksamkeit vom 1. Juni 2017 der **Fahrtkostenzuschuss für Landesbedienstete**, insbesondere im Hinblick auf die Einführung des VVT-Jahres-Tickets LAND, neu gestaltet. Diese Neuerungen wurden nunmehr auch für die **Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände rückwirkend mit Wirksamkeit vom 1. Juni 2017** normiert. Diese Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 wurde vom Tiroler Landtag im November beschlossen und beinhaltet im Wesentlichen folgende Änderungen:

- Als **notwendige Fahrtauslagen** gelten nunmehr die Kosten für ein nicht ermäßigtes Jahresticket für das billigste, tirolweit gültige öffentliche Beförderungsmittel; dabei handelt es sich derzeit um das VVT-Jahres-Ticket LAND.
- Für Vertragsbedienstete, die das sog. große Pendlerpauschale in Anspruch nehmen, werden die notwendigen monatlichen Fahrtauslagen durch Verordnung festgesetzt.
- Der Fahrtkostenanteil, den der Vertragsbedienstete selbst zu tragen hat (Eigenanteil), wird bei nicht vollbeschäftigten Vertragsbediensteten entsprechend seiner regelmäßigen Wochendienstzeit aliquotiert, wodurch sich der Fahrtkostenzuschuss entsprechend erhöht.

Da § 30 Abs. 1 des Gemeindebeamtenengesetzes 1970 hinsichtlich des Anspruches auf Fahrtkostenzuschuss auf die entsprechende Bestimmung des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 verweist, werden die Änderungen des Fahrtkostenzuschusses auch für die öffentlich-rechtlichen Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände wirksam.

Die Höhe des Eigenanteils, das für die Berechnung der monatlichen Fahrtauslagen maßgebliche Ticket sowie die monatlichen Fahrtauslagen für Bedienstete, die das große Pendlerpauschale in Anspruch nehmen, sind aufgrund der gesetzlichen Ermächtigung im § 64 Abs. 3 und 4 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 durch Verordnung der Landesregierung festzulegen. Diese Verordnung, welche eng an die für die Landesbediensteten geltende Verordnung der Landesregierung vom 4. Juli 2017, LGBL. Nr. 60/2017, angelehnt sein wird, kann erst nach Kundmachung der Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 beschlossen werden.

Aufgrund des rückwirkenden Inkrafttretens ist für Bedienstete, denen ein Fahrtkostenzuschuss gebührt, dieser neu zu berechnen und die Differenz ab 01.06.2017 nachzuzahlen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass ein neues **Formular** für den Antrag auf Gewährung eines Fahrtkostenzuschusses in der **Gemeindeanwendung** im WIKI-Bereich zum Download zur Verfügung steht.

54.

Das Vordach als untergeordneter Bauteil

Mit der Novelle LGBl. Nr. 94/2016 der Tiroler Bauordnung 2011 wurde der Begriff der untergeordneten Bauteile des § 2 Absatz 16 TBO 2011 unter Beachtung der aktuellen höchstgerichtlichen Rechtsprechung und zur Vermeidung von Unklarheiten bei der Vollziehung neu gefasst. Letzterer Effekt wurde im Zusammenhang mit Vordächern offensichtlich nicht erreicht und hat ungewollt zu Irritationen geführt.

Während in lit. a leg.cit. nunmehr Bauteile demonstrativ aufgezählt werden, die im Hinblick auf ihre Abmessungen im Verhältnis zur Fläche und zur Länge der betroffenen Fassaden bzw. Dächer untergeordnet sind, enthält lit. b leg.cit. - ebenfalls demonstrativ - Bauteile, die im Hinblick auf ihre Abmessungen im Verhältnis bloß zur Fläche der betroffenen Fassaden bzw. Dächer untergeordnet sind. So lautet die Bestimmung des § 2 Absatz 16 lit. b TBO 2011, i.d.F. LGBl. 32/2017, nunmehr: Untergeordnete Bauteile sind: „Freitreppen, Vordächer, Sonnenschutzlamellen und dergleichen, fassadengestaltende Bauteile, wie Gesimse, Lisenen, Rahmen und dergleichen, weiters Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen, sofern sie in die Außenhaut von baulichen Anlagen integriert sind oder einen Parallelabstand von höchstens 30 cm zur Dach- bzw. Wandhaut aufweisen, sowie Liftüberfahren; dies jedoch nur, wenn sie im Hinblick auf ihre Abmessungen im Verhältnis zur Fläche der betreffenden Fassaden bzw. Dächer untergeordnet sind.“

Speziell hinsichtlich der in § 2 Absatz 16 lit. b TBO 2011 erwähnten Vordächer brachte die, wie oben angeführt, lediglich als Präzisierung, nicht jedoch als Änderung bzw. Neuerung gedachte Formulierung des Absatzes 16 leg.cit. zahlreiche telefonische und schriftliche Anfragen an die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht mit sich.

Succus der Anfragen hierbei war die Klärung, ob ein Vordach in Relation zur übrigen Dachfläche zu setzen oder ob die Dachfläche samt Vordach in Ansatz zu bringen und hievon der Anteil des Vordaches zu berechnen ist.

Nach genauer Überprüfung des Sachverhaltes unter Zuziehung der Abteilung Allgemeine Bauangelegenheiten bzw. deren hochbautechnischen Amtssachverständigen wird seitens der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht die unverbindliche Rechtsmeinung vertreten, dass die gesamte Dachfläche, also mit Vordach, als Basis für die Berechnung des Vordaches heranzuziehen ist.

Diese Auslegung wurde so auch vor Inkrafttreten der obzitierten TBO-Novelle von den Amtssachverständigen gehandhabt.

Im Übrigen bleiben Vordächer im Zusammenhang mit der 15%-Regelung hinsichtlich der zulässigen Verbauung der Mindestabstandsflächen gemäß § 6 Absatz 6 2. Satz TBO 2011 seit der TBO-Novelle 2016 außer Betracht.

Mag. Beatrix Steiner
Abt. Bau und Raumordnungsrecht

55.

Richtlinie zur Auszahlung von Zuschüssen zum Gemeindekostenanteil für Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 14. November 2017 folgende Richtlinie beschlossen:

„Richtlinie zur Auszahlung von Zuschüssen zum Gemeindekostenanteil für Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen

I. Präambel

Oberstes Ziel dieser Richtlinie ist die Förderung von Investitionen zur Erhöhung der Sicherheit auf niveaugleichen Eisenbahnübergängen. Dies soll einerseits durch die Sicherung dieser Eisenbahnübergänge durch technische Kreuzungsschutzanlagen, wie Lichtzeichen- und Schrankenanlagen erzielt werden. Zusätzlich soll die vorliegende Richtlinie auch einen Beitrag zur Auflassung niveaugleicher Eisenbahnübergänge leisten.

Das Finanzausgleichsgesetz 2017 - FAG 2017, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2017 bis 2021 geregelt wird, sieht im § 27 Abs. 3 vor, dass der Bund den Ländern in den Jahren 2017 bis 2029 für Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen Zweckzuschüsse gewährt. Diese Bundesmittel, sowie die gemäß § 12 Abs. 2 aus den Ertragsanteilen finanzierten Beiträge der Gemeinden sind von den Ländern (ohne Wien) für Kostenbeiträge an Gemeinden für Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen zu verwenden. Diese Kostenbeiträge sind unabhängig davon, ob die Investition durch die Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 - EisbKrV, BGBl. II Nr. 216/2012 verursacht wird. Die Höhe des Kostenbeitrags ist von den Ländern (ohne Wien) auf Basis von Richtlinien festzulegen, wobei im Regelfall ein Eigenfinanzierungsanteil der Gemeinden vorzusehen ist.

II. Allgemeine Bestimmungen

(1) Gemäß § 27 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz 2017 erhält das Land Tirol jährlich € 351.130. Durch diese Bundesmittel sowie die gemäß § 12 Abs. 2 aus den Ertragsanteilen finanzierten Beiträge der Gemeinden in der gleichen Höhe stehen somit dem Land Tirol für den

Zeitraum 2017 bis 2029 in Summe jährliche Mittel in der Höhe von € 702.260 für die Auszahlung von Zuschüssen an die Gemeinden zur Verfügung.

(2) Nach Maßgabe dieser Richtlinie gewährt das Land Tirol Gemeinden einen nicht rückzahlbaren Zuschuss zu ihren Kostenanteilen für Investitionen in und für die Auflassung von Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen, wobei für Investitionen ein Eigenanteil der Gemeinde zu Grunde gelegt wird.

III. Anwendungsbereich

(1) Eisenbahnkreuzungen im Sinne dieser Richtlinie sind im Verlauf einer Gemeindestraße mit öffentlichem Verkehr angelegte schienengleiche Eisenbahnübergänge mit einer Haupt- oder Nebenbahn, einer Straßenbahn oder einer Anschlussbahn im Sinne des Eisenbahngesetzes 1957 - EisbG, unabhängig, ob hierbei die Eisenbahn die Straße überschneidet oder in sie einmündet.

(2) Diese Richtlinie gilt nicht für nicht-öffentliche Eisenbahnübergänge.

IV. Fördergegenstand

Investitionen in Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen im Sinne dieser Richtlinie sind alle auf Grundlage von eisenbahnrechtlichen Bescheiden realisierten investiven Maßnahmen im Zeitraum 1. September 2012 (Inkrafttreten der Eisenbahnkreuzungs-Verordnung 2012) bis 31. August 2029. Förderfähig sind dabei die Kostenanteile der Gemeinde an den Projektkosten (gemäß VI). Laufende Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Inbetriebhaltungskosten von Eisenbahnkreuzungen sind nicht förderfähig. Für die Auflassung von Eisenbahnkreuzungen wird ein Pauschalzuschuss gewährt (gemäß VII).

V. Förderverfahren

(1) Die Gewährung der Zuschüsse erfolgt nach Maß-

gabe der jährlich zur Verfügung stehenden Finanzmittel gemäß II (1). Die Förderreihenfolge ergibt sich aus der Reihenfolge des Einlangens der vollständigen Förderanträge der Gemeinden beim Land Tirol, Landesbaudirektion, SG Verkehrsplanung, Herrngasse 1-3, 6020 Innsbruck (Email: verkehrsplanung@tirol.gv.at). Sind die Finanzmittel gemäß II (1) im Antragsjahr bereits ausgeschöpft, so wird unter Beibehaltung der gegebenen Förderreihenfolge die Förderung in jenem Folgejahr ausbezahlt, in dem wiederum genügend Finanzmittel gemäß II (1) zur Verfügung stehen. Eine neuerliche Beantragung ist demnach nicht erforderlich.

(2) Die Gemeinde kann erst nach Inbetriebnahme der Eisenbahnkreuzung, sowie nach Abrechnung durch das Eisenbahnunternehmen einen schriftlichen Antrag um Auszahlung eines Zuschusses beim Land Tirol stellen.

(3) Der Antrag ist sobald wie möglich, **spätestens jedoch bis zum 30. November 2029** zu stellen.

(4) Diesem schriftlichen Ansuchen sind der eisenbahnrechtliche Bescheid, geeignete Abrechnungsunterlagen des Eisenbahnunternehmens gem. Anlage 1 sowie Unterlagen, aus denen eindeutig die Rechtsverbindlichkeit des von der Gemeinde zu tragenden Kostenanteils hervorgeht (Vereinbarung im Sinne EisbG §48 Abs.2, Bescheid nach EisbG §48 Abs.2 oder Abs.3), beizulegen. Für den Fall, dass die Kosten zwischen dem Eisenbahnunternehmen und der Gemeinde im Sinne des §48 Abs.2, erster Satz, je zur Hälfte ohne Abschluss einer Vereinbarung oder des Vorliegens eines Bescheides geteilt werden, sind dem Antrag die bezahlten Rechnungen der Gemeinde an das Eisenbahnunternehmen samt Zahlungsbestätigungen beizulegen.

(5) Mit der Antragstellung erklärt die Gemeinde ausdrücklich, dass keine von der Gemeinde veranlasste oder unterstützte laufende Rechtsverfahren hinsichtlich der zur Förderung beantragten Eisenbahnkreuzung anhängig sind.

(6) Die Förderzusage durch das Land Tirol erfolgt nach abgeschlossener Prüfung der vollständig übermittelten Einreichunterlagen.

VI. Förderausmaß

(1) Die maximale Förderhöhe richtet sich nach dem Investitionsbasiswert in Abhängigkeit der jeweiligen

Streckenategorie (siehe Anlage 2) sowie der vorgeschriebenen Sicherungsart:

- Investitionsbasiswert bei Sicherung durch Lichtzeichen auf Strecken der Kategorie A gem. Anlage 2: 280.000 €

- Investitionsbasiswert bei Sicherung durch Lichtzeichen mit Schranken auf Strecken der Kategorie A gemäß Anlage 2: 350.000 €

- Investitionsbasiswert bei Sicherung durch Lichtzeichen auf Strecken der Kategorie B gem. Anlage 2: 250.000 € (Ausnahme Stubaitalbahn 200.000 €)

- Investitionsbasiswert bei Sicherung durch Lichtzeichen mit Schranken auf Strecken der Kategorie B gemäß Anlage 2: 280.000 €

(2) Weicht der Gemeindeanteil gemäß §48 EisbG von 50% ab, so wird die Höhe der Investitionsbasiswerte gemäß (1) um 2% je 1%-Punkt Unterschied zu 50% direkt proportional angepasst.

(3) Das Förderausmaß richtet sich nach der Finanzkraftkopffquote gem. § 25 Abs. 2 Z 2 FAG 2017 (FKKQ) zum Zeitpunkt der Fördereinreichung:

(a) Ist die FKKQ größer oder gleich 100% der Durchschnittsquote für das Land Tirol, so beträgt das Förderausmaß 40% der von der Gemeinde tatsächlich zu tragenden Investitionskosten, höchstens jedoch 20% des maßgeblichen Investitionsbasiswertes gemäß (1) und (2).

(b) Liegt die FKKQ zwischen 50% und unter 100% der Durchschnittsquote für das Land Tirol, so beträgt das Förderausmaß 50% der von der Gemeinde tatsächlich zu tragenden Investitionskosten, höchstens jedoch 25% des maßgeblichen Investitionsbasiswertes gemäß (1) und (2).

(c) Liegt die FKKQ unter 50% der Durchschnittsquote für das Land Tirol, so beträgt das Förderausmaß 60% der von der Gemeinde tatsächlich zu tragenden Investitionskosten, höchstens jedoch 30% des maßgeblichen Investitionsbasiswertes gemäß (1) und (2).

(4) In begründeten Fällen wie insbesondere bei mehrgleisigen Strecken, ungünstiger topografischer Lage der Eisenbahnkreuzung oder sonstigen Erschwernissen können höhere Förderbeträge um je maximal € 30.000 gewährt werden.

(5) Der Eigenfinanzierungsanteil der Gemeinde an der Eisenbahnkreuzungsanlage muss nach Anrechnung aller Zuschüsse mindestens 20% der von der Gemeinde zu tragenden Investitionskosten betragen.

VII. Auflassung von Eisenbahnkreuzungen

- (1) Für die Auflassung einer Eisenbahnkreuzung auf Haupt- oder Nebenbahnen erhält die beantragende Gemeinde einen nicht rückzahlbaren Pauschalzuschuss in der Höhe von 30.000 €.
- (2) Für die Auflassung einer Eisenbahnkreuzung auf Straßen- oder Anschlussbahnen, bei der eine technische Sicherungsart gemäß Eisenbahnkreuzungs-Verordnung 2012 erforderlich ist, erhält die beantragende Gemeinde einen nicht rückzahlbaren Pauschalzuschuss in der Höhe von 30.000 €.
- (3) Die Auflassung gemäß (1) oder (2) muss zwischen dem 1. September 2012 und 31. August 2029 erfolgt sein oder erfolgen, wobei das Datum des Auflassungsbescheides zwischen 1. September 2012 und 31. August 2027 liegen muss.
- (4) Der Zuschuss gemäß (1) oder (2) ist für allfällige projektbezogene Ersatzmaßnahmen (z.B. die Errichtung eines Ersatzweges) oder für Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit bei Eisenbahnkreuzungen oder für Maßnahmen zur verkehrssicheren bzw. nachhaltigen Mobilität vorzusehen. Die Mittelverwendung ist nachzuweisen.
- (5) Die Abwicklung des Zuschusses erfolgt gemäß V(1) und (3)-(6).

VIII. Zurückhaltung, Einstellung und Rückzahlung der Förderung

- (1) Der Fördernehmer hat die Fördermittel nach Aufforderung durch das Land Tirol unverzüglich ganz oder teilweise innerhalb eines Monats zurückzuerstatten bzw. verliert ganz oder teilweise den Anspruch auf Auszahlung bereits verbindlich zugesicherter, aber noch nicht ausbezahlter Fördermittel, wenn:

- a. Organe oder Beauftragte des Landes Tirol oder des Bundes über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet wurden;
 - b. eine in der Fördervereinbarung vorgesehene Auflage oder Bedingung nicht erfüllt worden ist;
 - c. die Förderung durch falsche Angaben erschlichen wurde;
 - d. die Fördermittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet wurden; dies in jenem Ausmaß, in dem die widmungsgemäße Verwendung nicht nachgewiesen wird oder erfolgt ist;
 - c. die Förderung durch falsche Angaben erschlichen wurde;
 - d. die Fördermittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet wurden; dies in jenem Ausmaß, in dem die widmungsgemäße Verwendung nicht nachgewiesen wird oder erfolgt ist;
 - e. von der Europäischen Kommission die Aussetzung oder Rückforderung der Fördermittel gefordert wird;
- (2) Für den rückgeforderten Betrag werden vom Tag der Auszahlung an Zinsen im Ausmaß von 3 % über den jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 1 Euro-Justiz-Begleitgesetz pro Jahr verlangt. Allfällige weitergehende Ansprüche bleiben hievon unberührt.

IX. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Beschluss der Tiroler Landesregierung in Kraft.

Anlage 1: Erfordernisse hinsichtlich Abrechnungsunterlagen

Anlage 2: Verzeichnis der Streckenkategorien bei Eisenbahnkreuzungen (EK)

Anlage 3: Verzeichnis der Haupt- und Nebenbahnen in Tirol

Richtlinie
zur Auszahlung von Zuschüssen zum Gemeindegostenanteil für Investitionen in
Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen

Anlage 1

Mindestinhalte der vom Eisenbahninfrastrukturunternehmen (EIU) vorzulegenden Abrechnungsunterlagen (soweit nicht aus dem bezughabenden Bescheid ersichtlich)

Die Abrechnungsunterlagen müssen mindestens folgende Informationen aufweisen:

- Kostenteilungsschlüssel EIU : Gemeinde (z.B. 50:50)
- Streckenname
- Neubau oder Anpassung an EisbKrVO 2012 ausgeführt (mit Angabe von SIL)
- Maximale bahnseitige Streckengeschwindigkeit im Kreuzungsbereich
- Art des Kreuzungstyps:
 - Lichtzeichenanlage (LZA) mit **Eisenbahnkreuzungsüberwachungssignal** (EKÜS)
 - LZA mit Halb- oder Vollschranken (HSA/VSA) sowie EKÜS
 - LZA mit **Fernüberwachung** (FÜ)
 - LZA mit HSA/VSA; FÜ 1-gleisig
 - LZA mit HSA/VSA; mehr-gleisig

In den Abrechnungsunterlagen müssen zumindest folgende Positionen (Mindestgrad Detaillierung) ausgepreist sein:

PROJEKTIERUNGSKOSTEN	... €
<i>Projektmanagement, Koordination, Planungsleistungen, Abnahme (Gutachten) und Inbetriebnahme</i>	
SICHERUNGSTECHNIK	... €
<i>Systemsteuerung (Basis Sicherheitslevel (SIL)), Signalgeber samt Montagesteher, Konsolen u.dgl. samt Verkabelung, Schrankenanlage (Antrieb, Schrankenbaum) samt Verkabelung, Gleisschaltmittel, Überwachungseinrichtung (z.B. EK-Überwachungssignal)</i>	
BAUTECHNIK	... €
<i>Schaltheus (Systemsteuerung) samt Fundament, Schaltkasten (Systemsteuerung), Schaltkasten (Stromversorgung), Kabelverlegung bahnseitig für Zug- oder Fernüberwachung (inkl. Kabel), Sicherheitspaket</i>	
ELEKTRO-DIENST	... €
<i>Stromversorgung samt Zuleitung vom letzten Anspeisepunkt zum Schaltkasten der EK</i>	
FERNMELDE-DIENST	... €
<i>Anbindung der Schrankenanlage an das Fernmelde- und/oder Datennetz</i>	
GLEISEINDECKUNG	... €
<i>Mittel- und Seitenbedielung der EK aus Holz, Asphalt, Platten oder dgl.</i>	
STELLWERKSANBINDUNG / ANBINDUNG BETRIEBSFÜHRUNGSZENTRALE (BFZ)	... €
allf. NACHLÄSSE inkl. Beschreibung	... €
GESAMTKOSTEN	... €

Richtlinie
zur Auszahlung von Zuschüssen zum Gemeindekostenanteil für Investitionen in
Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen

Anlage 2

Verzeichnis der Streckenkategorien bei Eisenbahnkreuzungen (EK)

Tabelle 1:

Kriterium	Merkmale	
	> 80 km/h	≤ 80 km/h
Geschwindigkeit	> 80 km/h	≤ 80 km/h
EK-Überwachung	i.d.R. Fernüberwachung (FÜ)	i.d.R. Triebfahrzeugführer (Tfz-Ü)
Sicherheitslevel	SIL 4	SIL 2
Streckenkategorie (EisbG)	i.d.R. Hauptbahnen und Nebenbahnen der ÖBB	i.d.R. Nebenbahnen Privatbahnbetreiber

Tabelle 2:

Kat.	>80 km/h	≤80 km/h	SIL 4	SIL 2	FÜ	Tfz-Ü	Anm.
A	X		X		X	X	1)
B		X		X		X	2)

Anmerkungen:

- 1) „Hauptbahnen“ und „Nebenbahnen“ der ÖBB gemäß Tabelle 3 („V_{max} > 80 km/h“)
- 2) unter Kat. B fallen auch Straßen- und Anschlussbahnen.

Richtlinie
zur Auszahlung von Zuschüssen zum Gemeindegostenanteil für Investitionen in
Eisenbahnkreuzungen auf Gemeindestraßen

Anlage 3

Verzeichnis der Hauptbahnen ($V_{max} > 80 \text{ km/h}$):

Innsbruck - Bludenz
Salzburg – Wörgl – Innsbruck
Wörgl - Schwarzach
Innsbruck - Brenner

Verzeichnis der Nebenbahnen ($V_{max} > 80 \text{ km/h}$):

Innsbruck - Scharnitz
Reutte - Griesen
Schönbichl - Reutte
Bleiburg - Innichen

Verzeichnis der Nebenbahnen/Privatbahnen ($V_{max} < 80 \text{ km/h}$):

Jenbach - Mayrhofen
Jenbach – Eben am Achensee
Innsbruck – Fulpmes
Innsbruck – Igls

56.

Musterverordnung für Gebühren- bzw. Indexanpassungen

Aufgrund der wiederum in den Gemeinden bevorstehenden Gebührenanpassung aber auch aus Anlass eines Prüfberichtes des Landesrechnungshofes wird nachstehend wiederum auf die seitens der Abteilung Gemeinden in der Gemeindeanwendung zur Verfügung gestellten Verordnungsmuster hingewiesen.

Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, Indexanpassung lediglich in den Voranschlag der Gemeinde aufzunehmen.

Mit nachstehender Musterverordnung für Gebühren- bzw. Indexanpassungen soll kurz und übersichtlich dargestellt werden, welche Gebührenansätze in welcher Gebührenordnung geändert wurden. Die Verordnung kann in dieser Form im Gemeinderat beschlossen und anschließend nach § 60 TGO kundgemacht werden. So wird sichergestellt, dass die Gebührenansätze für die Gemeindebürger nachvollziehbar geändert werden und bei entsprechender Kundmachung auch verbindlich in Geltung stehen.

Weiters wird auch auf darauf hingewiesen, dass die Gemeinden die im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde erlassenen **Verordnungen nach § 122 TGO der Landesregierung zur Verordnungsprüfung vorzulegen** haben.

Musterverordnung

„Aufgrund des § 17 Abs. 3 Z 2 und 4 des Finanzausgleichsgesetzes 2017, BGBl. I Nr. 116/2016, des § 1 des Tiroler Abfallgebührengesetzes, LGBl. Nr. 36/1991, des § 1 des Tiroler Hundesteuergesetzes, LGBl. Nr. 3/1980, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 26/2017, der § 7, 13 und 19 des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes 2011, LGBl. Nr. 58, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 26/2017, sowie des § 1 Abs. 1 des Tiroler Gebrauchsabgabengesetzes, LGBl. Nr. 78/1992, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 110/2002, wird durch den Gemeinderat der Gemeinde [Gemeindenname] verordnet:

Artikel I

Die Kanalgebührenverordnung der Gemeinde [Gemeindenname], kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den Gemeinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie folgt:

1. Die Anschlussgebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt Euro x,xx je m³ der Bemessungsgrundlage. Die Mindestanschlussgebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt Euro x,xx.
2. Die Benützungsg Gebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt Euro x,xx je m³ Wasserverbrauch.

Artikel II

Die Wasserleitungsgebührenverordnung der Gemeinde [Gemeindenname], kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den Gemeinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie folgt:

1. Die Anschlussgebühr nach § X Abs. x beträgt Euro x,xx je m³ der Bemessungsgrundlage. Die Mindestanschlussgebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt Euro x,xx.
2. Die Wasserbenützungsg Gebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt Euro x,xx je m³ Wasserverbrauch.

Artikel III

Die Abfallgebührenverordnung der Gemeinde [Gemeindenname], kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den Gemeinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie folgt:

1. Die Grundgebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt jährlich:

Artikel V

für einen Haushalt mit einer Person Euro x,xx
für einen Haushalt mit zwei Personen Euro x,xx
etc. [Wortlaut wie im bisher in Geltung tehenden
Verordnungstext]

2. Für die weitere Gebühr nach § X Abs. x [genaue
Verordnungsbestimmung] gelten nachstehende Ge-
bührensätze:

Für die Ablieferung und Entleerung:

eines x Liter Müllsackes Euro x,xx

eines x Liter Müllbehälters Euro x,xx

etc. [Wortlaut wie im bisher in Geltung
tehenden Verordnungstext]

Für die Anlieferung bzw. Entsorgung:

von Grünabfällen (Rasenabfällen) am
Kompostplatz pro m³ Euro x,xx

von Strauch- und Baumschnitt am Kompostplatz
pro m³ Euro x,xx

von Sperrmüll in der Wertstoffsammelstelle pro
m³ Euro x,xx

etc. [Wortlaut wie im bisher in Geltung
tehenden Verordnungstext]

Artikel IV

Die Hundesteuerverordnung der Gemeinde
[Gemeindenname], kundgemacht am [Datum] (genau
bezeichnen, allfällige Änderungen anführen: zuletzt
geändert durch den Gemeinderatsbeschluss vom
[Datum]), wird aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses
vom [Datum] geändert wie folgt:

1. Die Höhe der Steuer für einen Hund nach § X Abs. x
[genaue Verordnungsbestimmung] beträgt Euro x,xx.

2. Der Mehrbetrag für das Halten von mehreren Hunden
nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt
Euro x,xx./ Der erhöhte Steuersatz nach § X Abs. x
beträgt Euro x,xx.

3. Der verminderte Steuersatz nach § X Abs. x beträgt
Euro x,xx.

(Hinweis: Höchstausmaß von Euro 45,- jährlich für Wach-
und Berufshunde nach Tiroler Hundesteuergesetz
beachten; Regelung über erhöhten/verminderten
Steuersatz nur, wenn ein solcher auch festgesetzt wurde
- diesen Klammerausdruck entfernen)

Die Verordnung über die Erhebung eines
Erschließungsbeitrages der Gemeinde [Gemeindenname],
kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige
Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den
Gemeinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des
Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie
folgt:

1. Der Erschließungsbeitrag nach § X Abs. x [genaue
Verordnungsbestimmung] wird mit X v.H. festgesetzt.

Artikel VI

Die Verordnung über die Erhebung eines vorgezogenen
Erschließungsbeitrages der Gemeinde [Gemeindenname],
kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige
Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den
Gemeinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des
Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie
folgt:

1. Der vorgezogene Erschließungsbeitrag nach § X Abs. x
[genaue Verordnungsbestimmung] wird mit X v.H.
festgesetzt.

Artikel VII

Die Verordnung über die Erhebung eines
Gehsteigbeitrages der Gemeinde [Gemeindenname],
kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige
Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den Ge-
meinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des
Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie
folgt:

1. Der Gehsteigbeitragsatz nach § X Abs. x [genaue
Verordnungsbestimmung] wird mit X v.H. festgesetzt.

Artikel VIII

Die Verordnung über die Erhebung einer
Gebrauchsabgabe der Gemeinde [Gemeindenname],
kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige
Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den Ge-
meinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des
Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie
folgt:

1. Die Gebrauchsabgabe nach § X Abs. x [genaue
Verordnungsbestimmung] wird mit X v.H. festgesetzt.

Artikel IX

Die Friedhofsgebührenverordnung der Gemeinde [Gemeindenname], kundgemacht am [Datum] (genau bezeichnen, allfällige Änderungen anführen: zuletzt geändert durch den Gemeinderatsbeschluss vom [Datum]), wird aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom [Datum] geändert wie folgt:

1. Die Grabbenützungsgebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt:

Einzelgrab Euro x,xx

Doppelgrab Euro x,xx

etc. [Wortlaut wie im bisher in Geltung stehenden Verordnungstext]

2. Die Graberrichtungsgebühr nach § X Abs. x [genaue Verordnungsbestimmung] beträgt:

Einzelgrab Euro x,xx

Doppelgrab Euro x,xx

etc. [Wortlaut wie im bisher in Geltung stehenden Verordnungstext]

Artikel X

Diese Verordnung tritt mit [Datum] (Tag in der Zukunft) in Kraft.

Für den Gemeinderat:

Der Bürgermeister“

Die Promulgationsklausel enthält bereits sämtliche für die angeführten Artikel maßgeblichen Rechtsgrundlagen, die jeweiligen Artikel können ausgenommen von dem über das Inkrafttreten (Artikel X im Muster) nach Bedarf belassen oder gelöscht werden.

In jedem Artikel ist das Datum einzufüllen, an dem die jeweilige Verordnung zuletzt im Volltext kundgemacht wurde, dann ist die letzte Änderung dieser Verordnung anzuführen, sofern es eine solche gibt sowie das Datum des jeweiligen Gemeinderatsbeschlusses, der zur gegenständlichen Änderung der Gebührenansätze führt. Wenn es zwischenzeitlich keine die Verordnung ändernden Gemeinderatsbeschlüsse gab, ist der Klammerausdruck über allfällige Änderungen zu entfernen. Unter Bezugnahme auf den genauen Paragraphen und Absatz (allenfalls auch lit.) in der Verordnung, in dem der zu ändernde Betrag bisher ausgeschrieben ist, ist ein neuer Betrag festzulegen.

Abschließend wird auf die Verpflichtung nach § 60 Abs. 4 TGO hingewiesen, Verordnungen in ihrer jeweils geltenden Fassung im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden bereit zu halten. Eine Änderung der Ansätze durch Beschluss eines geänderten Volltextes und dessen anschließender Kundmachung ist natürlich weiterhin möglich.

57.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	2.613.122	505.755	-2.107.367	-80,65
Lohnsteuer	18.169.301	20.049.384	1.880.083	10,35
Kapitalertragsteuer	706.542	913.417	206.875	29,28
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	636.494	785.046	148.551	23,34
Körperschaftsteuer	7.404.803	6.754.394	-650.409	-8,78
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-259	0	259	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	6.927	-321	-7.248	-104,64
Stiftungseingangssteuer	3.487	15.627	12.139	348,10
Bodenwertabgabe	2.027	4.971	2.944	145,27
Stabilitätsabgabe	140.971	-111.422	-252.393	-179,04
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	29.683.416	28.916.850	-766.566	-2,58
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	20.398.601	18.798.738	-1.599.863	-7,84
Abgabe von alkoholischen Getränken	20	0	-20	-100,00
Tabaksteuer	1.505.964	1.727.092	221.128	14,68
Biersteuer	176.314	170.256	-6.058	-3,44
Mineralölsteuer	3.972.383	4.066.452	94.069	2,37
Alkoholsteuer	111.112	111.964	852	0,77
Schaumweinsteuer	15.927	16.609	682	4,28
Kapitalverkehrsteuern	17.030	4.570	-12.460	-73,16
Werbeabgabe	213.700	65.590	-148.110	-69,31
Energieabgabe	778.490	575.435	-203.055	-26,08
Normverbrauchsabgabe	392.540	378.466	-14.073	-3,59
Flugabgabe	112.985	112.710	-275	-0,24
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	8.642.446	8.846.379	203.933	2,36
Versicherungssteuer	985.961	1.035.271	49.310	5,00
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.954.034	2.094.572	140.538	7,19
KFZ-Steuer	-1.222	10.000	11.222	918,02
Konzessionsabgabe	188.089	193.809	5.720	3,04
rechnungsmäßig Ertragsanteile	39.488.535	38.207.913	-1.280.622	-3,24
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-879.083			
Summe sonstige Steuern	38.609.452	38.207.913	-401.539	-1,04
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	68.292.867	67.124.763	-1.168.105	-1,71

58.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	33.017.436	34.318.378	1.300.942	3,94
Lohnsteuer	219.178.974	228.882.596	9.703.622	4,43
Kapitalertragsteuer	12.768.179	15.841.298	3.073.119	24,07
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	7.199.839	7.693.124	493.284	6,85
Körperschaftsteuer	61.505.437	71.025.869	9.520.433	15,48
Abgeltungssteuern Schweiz	14.905	52.447	37.542	251,87
Abgeltungssteuern Liechtenstein	1.829	-29	-1.858	-101,57
Erbschafts- und Schenkungssteuer	35.069	6.645	-28.424	-81,05
Stiftungseingangssteuer	215.526	140.328	-75.198	-34,89
Bodenwertabgabe	615.310	638.381	23.071	3,75
Stabilitätsabgabe	3.230.613	1.158.963	-2.071.650	-64,13
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	337.783.117	359.758.000	21.974.883	6,51
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	230.964.870	214.168.177	-16.796.693	-7,27
Abgabe von alkoholischen Getränken	176	0	-176	-100,00
Tabaksteuer	16.108.316	17.102.783	994.467	6,17
Biersteuer	1.806.805	1.893.114	86.309	4,78
Mineralölsteuer	39.190.985	42.077.038	2.886.053	7,36
Alkoholsteuer	1.280.029	1.343.154	63.125	4,93
Schaumweinsteuer	205.809	211.756	5.947	2,89
Kapitalverkehrssteuern	608.582	63.696	-544.886	-89,53
Werbeabgabe	3.524.493	1.035.551	-2.488.942	-70,62
Energieabgabe	8.820.989	8.624.992	-195.997	-2,22
Normverbrauchsabgabe	3.673.212	4.282.760	609.548	16,59
Flugabgabe	950.970	1.048.329	97.360	10,24
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	265.781	0	-265.781	-100,00
Grunderwerbsteuer	107.348.150	107.248.291	-99.859	-0,09
Versicherungssteuer	10.064.147	10.802.366	738.219	7,34
Motorbezogene Versicherungssteuer	18.635.023	19.905.412	1.270.388	6,82
KFZ-Steuer	341.002	518.030	177.028	51,91
Konzessionsabgabe	2.214.661	2.263.369	48.708	2,20
rechnungsmäßig Ertragsanteile	446.004.000	432.588.818	-13.415.182	-3,01
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-9.669.917			
Summe sonstige Steuern	436.334.083	432.588.818	-3.745.265	-0,86
Kunstförderungsbeitrag	128.351	134.092	5.741	4,47
Summe	774.007.937	792.480.910	18.472.973	2,39
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
Gesamt	783.588.666	782.796.853	-791.813	-0,10

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2017 (vorläufiges Ergebnis)		
	August 2017 (endgültig)	September 2017 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	102,6	103,6
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	113,6	114,7
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	124,4	125,6
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	137,5	138,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	144,7	146,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	189,2	191,0
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	294,1	296,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	516,1	521,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	657,6	664,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	659,7	666,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat September 2017 beträgt 103,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für August 2017 um 1,0 % gestiegen (August 2017 gegenüber Juli 2017 - 0,1 %). Gegenüber September 2016 ergibt sich eine Steigerung um 2,4 % (August 2017/2016 + 2,1 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck